

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für sechs Monate 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Bezugnahme bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9768.

Die abgepaßte Doppelparallele über dem Namen kostet 2.- M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Keine Anzeiger! Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teilsatzsatz 2.50 M. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellungsangebote 2.00 M. netto pro Zeile. St. enggeführt in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, Buchhandlung Zentrum 2045. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Frankreich und Rußland.

### Milnerands Hartnäckigkeit.

H. N. Paris, 25. Juni.

Gestern nachmittag wurde die Kammerausprache über die auswärtige Politik eröffnet. Lafont (Links) erklärte, die Alliierten müßten sich nicht auf die Ankündigung von Handelsbeziehungen zu Rußland beschränken, sie sollten vielmehr die Sowjetrepublik sobald als möglich anerkennen. Das einzige Hindernis sei die Frage der russischen Schulden, aber über diese Angelegenheit werde ja mit Krassin in London gesprochen. Ueberhaupt würde man es nicht lange aufschieben können, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, die eine dauerhafte sei. Die Sowjetregierung sitze fest im Sattel und man könne sofort Frieden mit ihr schließen.

Milnerand antwortete, daß man, um die Beziehungen mit Sowjetrußland wiederanzuknüpfen, nicht an das Gefühl der Menschlichkeit, sondern auch an die Sowjets appellieren müsse. Der Völkerbund habe z. B. einen Untersuchungsausschuß nach Rußland senden wollen, aber die Sowjetregierung habe die Bitte verworfen. Herr Lafont prophesie, daß der Ministerpräsident fort, daß wir morgen die politischen Beziehungen zur Sowjetregierung wieder aufnehmen könnten. Er ist da besser orientiert als ich. Es hängt nicht von uns ab, sondern von den Freunden des Herrn Lafont. Am Tage, an dem die Sowjetregierung wirklich eine Reaktion sein wird, wird sie begreifen, daß es unmöglich ist, mit der Regierung eines Landes

Verhandlungen anzuknüpfen und gleichzeitig den Arbeitern dieses Landes eine Botschaft zu senden, in der diese zum Aufstand gegen ihre eigene Regierung aufgefordert werden. Eine Regierung, die auf diesen Namen Anspruch erhebt, hat als erstes die Pflicht, sich solidarisch für die internationalen Verpflichtungen, die ihre Vorgänger eingegangen sind, verantwortlich zu erklären.

### Die russischen Schulden.

H. N. Paris, 26. Juni.

„Journal“ veröffentlicht ein Interview seines Korrespondenten Jacques Marillac mit Tschitscherin, in dem dieser über die russischen Schulden sprach. Tschitscherin führte an, daß die fortgesetzten Offensiven gegen Sowjetrußland und die Wladimir der Moskauer Regierung nicht die Möglichkeit gegeben habe, sofort ungeheure Summen zu bezahlen, um die es sich hier handelt. Auf die Entgegnung, daß Frankreich Anerkennung der Schulden verlange, ehe es sich auf weitere Verhandlungen einlassen könne, erwiderte Tschitscherin, Frankreich solle die Sicherheiten, die es wünsche, feststellen und die Bedingungen angeben, unter denen es zu verhandeln bereit wäre. Der Sowjetregierung müsse dann die Entscheidung überlassen bleiben, ob ihr die Annahme der Bedingungen möglich sei. Auf die Frage, ob die französischen Banken, die Geld in russischen Banken inbesitz hätten, entschädigt würden, antwortete Tschitscherin, Hierüber müsse erst verhandelt werden. Sowjetrußland verhalte sich nicht grundsätzlich ablehnend, da Rußland aber ein kommunistischer Staat sei, dürfe das Kapital nicht unter der Festsitzung fremder Unternehmungen sich wieder bei Privatpersonen festsetzen.

## Die Wirtschaftskrise.

II.

Es zeigt sich aber, daß außer der Schwierigkeit der Warenabgabe im Ausland, der sich durch die Erhöhung der Preise für den in fremder Wärla konzentrierten Abnehmer heute ergibt, eine andere, wesentliche Einwirkung zu beachten bleibt. Das ist die fast gleichzeitige Krisenerschütterung der fremden Märkte, die sich in immer stärkerem Maße bemerkbar macht.

Ein sehr deutliches Bild ergibt sich bereits aus der Lage des internationalen Geldmarktes. Mitte Mai sind die offiziellen Diskontsätze in England, Dänemark und Schweden bereits auf 7 v. H. angeklommen gewesen. Italien hat im April und Mai, die Vereinigten Staaten im Mai ihre Bankrate erhöht und fast überall geben die Zentralbanken dringende Weisungen an alle Bankinstitute, die Kredite einzuschränken, die Spekulation zu verringern, da die Lage des Geldmarktes kritisch sei. In Japan ist im Zusammenhang mit der außerordentlich großen Depression am Baumwoll- und Seidenmarkt eine Bankinsolvenz eingetreten — die „Seibenshi Fourth Bank of Yokohama“ —, wodurch die sehr ernste Lage der japanischen Wirtschaft deutlich gekennzeichnet wird.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Zinssätze gewaltig in die Höhe gestiegen. Bezeichnend dafür ist die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, daß der Kurs der amerikanischen Freizugsanleihen so tief gesunken ist, daß dieselben sich bereits mit über 6 v. H. verzinsen und daß die New York Central Ausfallrisikobonds zu 7 v. H. — bei zehnjähriger Umlaufzeit — herabdrücken muß. Welche Forderungen das amerikanische Kapital bei europäischen Anleihen zur Zeit stellt, ergibt sich aus dem mit der belgischen Regierung getroffenen Abkommen einer 7 1/2 Proz. Anleihe, die in 25 Jahren mit einer Vergütung von 15 v. H. rückzahlbar ist. Auch das „Händler Volksrecht“ konnte vor kurzer Zeit berichten, daß die Schweiz ein Angebot amerikanischer Bankiers erhalten habe, welches für sieben Jahre 7 v. H. Zinsen, 4 v. H. Extraprozession und einen Uebernahmefuß von 90 vorlieht, also eine Verzinsung von etwa 8 1/2 v. H. ergibt. Diese Zahlen geben gleichzeitig eine Vorstellung der Bedingungen, unter denen man eventuell eine internationale Anleihe an Deutschland geben wird und sie zeigen die Belastung der deutschen Wirtschaft, die Tributpflicht gegenüber dem ausländischen Kapital, die sich daraus ergeben müßte.

Es ist selbstverständlich, daß diese Anspannung des Geldmarktes in den wichtigsten Industrieländern der Welt — Amerika, England, Japan — sich deutlich genug im Gebiet der industriellen Produktion und des Warenhandels zeigt. Wir wissen doch, daß die Schwierigkeiten des Warenabsetzes, die Unterbrechung in der von den Warenbesitzern erwarteten beschleunigten Zirkulation der Güter erst zu der erhöhten Anforderung an den Geldmarkt, zu der Ueberpannung der Kredite mit ihren schädlichen Folgen führt.

In allen Ländern ist offensichtlich eine ähnliche Entwicklung vor sich gegangen wie in Deutschland. Maßlose Erhöhungen der Preise, Zurückbleiben der Einkommen hinter den Kosten der Lebenshaltung (diese Tendenz wird besonders in England und Amerika durch die sehr hohen Einkommensteuern verstärkt) und Erlahmen der Konsumkraft — also kapitalistisch gesprochen: relative Ueberproduktion, der man durch Einschränkung der Erzeugung usw. begegnet. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie deutlich sich in dieser Krise die Sinnlosigkeit einer Wirtschaftskoordination offenbart, die in einer Welt unübersehbarer Not zur Verringerung der Produktion überreitet. Nicht etwa deshalb, weil Produktionsmangel und Rohstoffe fehlen, sondern weil der Abfall infolge der Uebersteigerung der Preise und der unzureichenden Entlohnung der internationalen Arbeiterklasse liegt.

In Japan ist bisher der Hauptzweig der Textilwirtschaft — Baumwoll- und Seidenindustrie — betroffen. Trotz Verabredung der Preise um 50 v. H. ist eine allgemeine Zurückbildung eingetreten, so daß die Fabriken die Produktion außerordentlich verringern und die Arbeiter entlassen.

In Amerika haben sich die Einwirkungen der japanischen Krise sehr deutlich gezeigt. An der Baumwollbörse konnten nur mit Mühe bedeutende Rückkäufe verhindert werden, da die japanischen Fabrikanten und Händler sich in jeden Preis von ihren Verpflichtungen zu betreten ließen. Auf dem Ledermarkt herrscht eine bedenkliche Ruhe, Güter und Felle sind im Preise gesunken. In den Detailgeschäften zeigt sich eine ähnliche Situation wie bei uns. Das Publikum hat die Käufe eingestellt und die Warenhändler ermüden alle Preise um 20 bis 50 v. H. um die Käufer anzulocken.

## Verhandlungen über den Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam 21. Juni.

Au der Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ über bevorstehende Verhandlungen in Wien wegen Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn teilt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit, daß dieser tatsächlich auf diplomatischem Wege eine Einladung erhalten habe, seinen Sekretär zu einer Besprechung mit Vertretern der ungarischen Regierung nach Wien zu entsenden. Daraufhin wird der Sekretär des Bundes wahrscheinlich nach im Laufe der Woche nach Wien abreisen.

## Die englische Arbeiterpartei für die Revision des Friedensvertrages.

H. N. London, 26. Juni.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, der Friedensvertrag sei eine grobe Verletzung nicht nur der angeblichen Ziele der Alliierten, sondern auch der Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Die Entschließung verlangt die sofortige Revision des Vertrages in Uebereinstimmung mit diesen Bedingungen. Ein Member erhob unter lebhaftem Beifall der Versammlung Einspruch gegen die Verwendung farbiger Truppen. Der Kongreß verwarf schließlich mit überwältigender Mehrheit einen Antrag zugunsten der direkten Aktion.

In der Rede, mit der Shaw die Resolution zur Anerkennung der Sowjetregierung begründete, gab er ein Bild des Glanzes in Rußland, das er selbst gesehen habe. Die Massen stellen dieses Glanz als eine Folge der Wladimir hin. Jetzt sei Gelegenheit gegeben, mit Rußland Frieden zu schließen.

Turner, eine Mitglied der Abordnung, die in Rußland war, sagte, die Sowjetregierung tue ihr Möglichstes, unter den schwierigsten Umständen den Menschen ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Dodson, Mitglied der britischen Sozialisten, brachte einen weiteren Antrag ein, nach dem eine nationale Arbeiterkonferenz einberufen werden soll, um einen Generalkongreß zu organisieren, um dadurch die britische Regierung zu veranlassen, Sowjetrußland anzuerkennen. In diesem Antrage wird den Gewerkschaften empfohlen, einen solchen Generalkongreß zu unterstützen.

Smith führte aus, er sei der Ansicht, daß die Regierung sich über Rußland selbst nicht einig sei. Die englische Arbeiterpartei sollte daher versuchen, einen Keil zwischen sie zu treiben. So könne schließlich das Ziel ohne Streit erreicht werden.

Der Führer der Eisenbahner Thomas erklärte, daß die

Waffenfabriken versuchen, die Munition für Polen aufzuhalten. Demzufolge würden die Gewerkschaften der der Frage, einen nationalen Eisenbahnerstreik vorzubereiten. Thomas sagte, daß die ganze Arbeiterbewegung in dieser Angelegenheit aufgerufen werden müsse, und daß diese nicht allein den Arbeitern überlassen bleiben dürfe.

Der Kongreß nahm dann noch eine Entschließung an, daß die Entlohnung von 1400 Gewerkschaftsmitgliedern und Sozialisten, die seit 1915 in Finnland gefangen sind, fordert.

## Lebensmittelunruhen in Bremen.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Bremen, 25. Juni.

Auch in Bremen schlug am Donnerstag die Erregung über die hohen Obstpreise und sonstigen Lebensmittelpreise in Täuschlichkeit gegen die am Markt handelnden Verkäufer um, so daß die Preise für alle Marktwaren zeitweise um die Hälfte und mehr heruntergingen. Dieser Verkauf in den Vormittagsstunden spielte sich noch verhältnismäßig gertgelt ab. Polizeibeamte beteiligten sich selbst als Verkäufer, wobei sie von der Arbeiterschaft unterstützt wurden. Wie bei solchen Gelegenheiten freit, mischte sich auch diesmal der typische Hansa-Gal ein, der alsbald zu Plünderungen der Läden im Stadlinnen überging. Das bewirkte, daß viele Geschäfte nunmehr die Preise von vornherein um ganz beträchtliches herabsetzten. Bemerkenswert ist, daß auf dem Markt und in den Straßen von bürgerlichen Herrern (Antisemiten) zur Plünderung der jüdischen Warenhäuser angezettelt wurde. Am Nachmittag setzten sich die Plünderungen in verstärktem Maße bis in die Vorstädte fort. Die alarmierte Sicherheitspolizei sperrte die Straßen teilweise auch mit Stacheldraht ab. Zum Blutvergießen kam es nirgends. Heute (Freitag) ist in Bremen das Stadlinnen morgen abgeperrt. Es sind große Menschenansammlungen im Stadlinnen, doch ist es bisher zu keinerlei Ausdehnungen gekommen.

In einer Versammlung der U. S. V., die unmittelbar nach den Ereignissen tagte, wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Mitgliederversammlung verurteilt auf das Entschiedenste die Vorkommnisse anlässlich der Lebensmittelrevolte in Bremen. Sie ist der Ueberzeugung, daß diese kein geeignetes Mittel sind, der Lebensmittelnot zu beseitigen. Sie ist ferner der Ueberzeugung, daß diese Vorkommnisse auf eine unerhörte Provokation der militaristisch-kapitalistisch orientierten Parteien zurückzuführen sind. Die Folgen sollen sich in erster Linie gegen die organisierte Arbeiterschaft richten. Die Versammelten lehnen jede Verantwortung dafür ab und protestieren entschieden dagegen, daß die U. S. V. in irgend einer Weise mit den Vorfällen in Verbindung gebracht wird.“

und die Störung nicht in eine Katastrophe ausarten zu lassen.

In England bietet sich ungefähr das gleiche Bild. Die Wollauktionen in Bradford — ein guter Gradmesser der Wirtschaftslage — stehen im Reichem ständiger Preisabschläge und geringer Verkäufe. Die Abnehmer zögern, große Geschäfte abzuschließen, weil man mit weiteren Ermäßigungen rechnet. Am Kupfermarkt ist am 19. Mai der niedrigste Preis seit Mai 1919 zu verzeichnen gewesen, während Kupfer am 1. März mit 120% notiert wurde, stand es am 19. Mai nur 87%. Auch am Rinnmarkt sind gewaltige Abschläge erfolgt. — Seit langer Zeit ergab sich für den Monat April zum ersten Male wieder eine Abschwächung des gesamten Preisstandes, dessen Gestaltung wir an Hand der vom „Economist“ verzeichneten Indizes verfolgen, der Monat Mai wird eine weitere Senkung zeigen. —

Es würde zu weit führen, im Rahmen dieser Arbeit die Entwicklung in Skandinavien, Frankreich, Spanien, Italien zu streifen, die unter ähnlichen Tendenzen steht oder auf die Situation in Deutschland einzugehen, wo sich im Gefolge einer gleichfalls eingetretenen Wertschwächung den unseren entsprechende Wirtschaftsercheinungen zeigen.

Für uns kommt es darauf an, aus diesem kurzen Ueberblick von neuem zu erkennen, wie hilflos die kapitalistische Wirtschaft nicht nur den großen Problemen des Wiederaufbaus in der ganzen Welt gegenübersteht, wofür die Gestaltung der Friedensverträge herabdes Renais abblet, sondern zu zeigen, daß auch die selbstverständliche Forderung ununterbrochener gesteigerter Produktion unter diesem System nicht zu verwirklichen ist, weil die Erzeugung nicht von Produktivkraft und Bedarf, sondern von der, durch das Lohnsystem niedriger gehaltenen Kaufkraft der arbeitenden Massen bestimmt wird.

## Anträge der Unabhängigen Reichstagsfraktion.

Die Unabhängige Fraktion des Reichstags hat folgende Entwürfe und Interpellationen eingebracht:

### Antrag über Erlass einer Amnestie.

Der Reichstag wolle beschließen:

§ 1.

Für alle Straftaten, die bis zu dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, wird Amnestie gewährt. Als solche Straftaten gelten insbesondere diejenigen Straftaten, welche in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Abwehr des sogenannten Rapp-Putschs oder dem im Anschluß hieran erfolgten Einrücken der Reichswehr in verschiedene Gebiete oder Orte begangen worden sind.

Die von bürgerlichen oder militärischen Gerichten wegen dieser Straftaten rechtskräftig erkannten Strafen, sowie diejenigen, welche bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erkannt sind und binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten rechtskräftig werden, werden nebst den Nebenstrafen und Kosten erlassen. Die bei den genannten Verbrechen anhängigen Untersuchungen werden niedergelegt; soweit eine Untersuchung noch nicht einleitet, wird Straffreiheit gewährt.

Diesem Straftaten, die unmittelbar oder mittelbar zur Unterstützung des Rapp-Putschs gedient haben, werden durch dieses Gesetz nicht beraubt.

§ 2.

Die Entscheidung, ob eine Straftat, abgesehen von denjenigen, welche nach § 1 als politische Straftaten gelten, aus politischen Beweggründen verübt worden ist oder zur Unterstützung des Rapp-Putschs gedient hat, trifft ein vom Reichstag aus seinen Mitgliedern gebildeter Ausschuss. Der Ausschuss ist binnen einer Woche nach Verkündung dieses Gesetzes zu bilden. Er

hat binnen drei Monaten nach seiner Bildung zu entscheiden. Er ist berechtigt, seine Tätigkeit auch während der Vertagung des Reichstags auszuüben.

§ 3.

Vermerke über Strafen, die nach dieser Verordnung im vollen Umfange erlassen werden, sind im Strafregister zu löschen.

§ 4.

Wegen der Schäden, die an beweglichem und unbeweglichem Eigentum sowie an Leib und Leben im Zusammenhang mit den in § 1 bezeichneten Straftaten verursacht worden sind, sind die Bestimmungen des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß diejenigen, denen durch dieses Gesetz Straffreiheit gewährt wird, auch zivilrechtlich für die amnestierten Handlungen nicht in Anspruch genommen werden können.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

### Interpellation wegen der Marburger Mörder.

An Thal bei Kassel in H. sind am 21. März 1920 15 Personen von arbeitslosen Marburger Studenten widerrechtlich verhaftet und in grausamer Weise ermordet worden. Eine Anzahl Studenten sind deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt und freigesprochen worden.

Wie gegen die Reichslangler dafür zu sorgen, daß die Ermordung von 15 Unschuldigen geführt wird?

Was beabsichtigt der Reichslangler zu tun, um die Hinterbliebenen der schuldlos ermordeten Opfer schleunigt zu entschädigen?

Wie rechtfertigt der Reichslangler, daß Selbstwillige statt vor das ordentliche Gericht vor ein Kriegsgericht gestellt werden sind?

Beabsichtigt der Reichslangler endlich die in der Verfassung verheißene Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit herbeizuführen?

### Dringlichkeitsantrag wegen des Steuerabzugs.

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag ersucht die Regierung, die von ihr auf Grund des § 3 des Einkommensteuergesetzes vom 11. März 1920 angeordnete Erhebung von 10 Proz. der Einkommensteuer im Wege des Lohnabzugs bis auf weiteres auszusetzen.

### Antrag auf Erhöhung der Renten.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: Bis zur baldigen Neuordnung der Versicherungs-Gesetzgebung die Unterstützungssätze für die Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witvern- und Waisenrenten, die sich insgesamt in der bittersten Not befinden, entsprechend der herrschenden Teuerung auf das jeweilig festzusetzende Existenzminimum zu erhöhen.

## Ein guter Weg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Bericht über das Gewerkschaftsfest in Sangerhausen, bei dem der Landrat, Genosse Kasper, eine Rede hielt. In dieser Rede wies Genosse Kasper auf die erste wirtschaftliche und politische Lage hin. Vor allem sei es jetzt notwendig, daß die Gewerkschaften, das kassenbewußte Proletariat, sich zu einer festen Front zusammenschließen gegen das kapitalistische Unternehmertum, das gerade in unseren Tagen mehr denn je zu einer verderblichen Macht für die Arbeiterklasse anwächst. Er kam dann auf die augenblickliche Regierungskrise zu sprechen und führte die Gründe an, die die Unabhängige Partei bestimmen, nicht an der Regierungsbildung teilzunehmen. Seine Rede schloß mit dem Wunsche, daß es dem Proletariat gelingen möge, seine sozialistischen Forderungen zu verwirklichen, und mit einem Hoch auf die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter.

Zu dieser allerdings in Preußen bis dato unerhörten Tatsache, daß ein Landrat öffentlich zu seinen sozialistischen Parteigenossen spricht, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“ mit tiefem Befremden:

auf Totenfeldern, ein Ritter, ein Entgifter. Die Kunst schafft das ethische Gehirn, wird Kraft, ist Gesundheitszuehrung der Menschheit, wird geliebt, bekämpft, dennoch wird sie ewig leben.“ Mag Wedemann, der Maler, von Natur mundstul, liebt die Menschen „mit aller ihrer Kleinlichkeit und Banalität, mit ihrem Eitumpann und billiger Genügsamkeit und ihrem ach, so seltenem Goldentum“. Ob er nicht manches Sudentum im Kampfe der Unterdrückten überleitet? Georg Kaiser, der Dichter, hat nur eine Vision: Die von der Erneuerung des Menschen. Karl Sternheim glaubt im stolzen Selbstgefühl als Schriftsteller das weithin wirkende Beispiel geistiger Unveringenerommenheit gegeben zu haben. Franz Marc, der blaue Reiter, der im Kreige fiel, ersehnt eine höhere, geistigere Möglichkeit, als diese irdische Gegenwart. Und auch der Dichter Theodor Däubler will die Erde wieder leuchtend werden lassen: Aus dem Menschen breche sie neue Sonne hervor. Er überleitet die Menschheit nicht, aber er leitet nur die, die trotz allem an die Erfüllung ihrer Verheißungen glauben.

Das sind nur ein paar Stichproben aus den Selbstbekenntnissen unserer jungen Künstler, die durchaus kein kleines und unwichtiges Problem in den Kämpfen unserer Übergangszeit bilden. In der gleichen Sammlung finden sich noch bemerkenswerte Abhandlungen über Probleme der neuen Kunst. Ueber Kunst schreibt in einem Schmauch, aber inhaltreichen Rundschreiben Paul Klee, über Architektur Walter Hasenclever und der Expressionismus bewegt sie alle.

### Das Buch vom Tee.

Dieses Buchlein, von Otsuro-Kakuzo im Insel-Verlag, ist zunächst ein Stück Kulturgeographie; es handelt vom witterverändernden Tee, den mannigfaltigen Arten seiner Herstellung, seiner Verbreitung im Orient und Occident, vom Teesessel und sonstigem Teegerät. Mit unmerklicher Selbstverständlichkeit wandelt sich die Studie über das Liebhabergetränk des Ostens in eine Miniaturencyklopädie ostasiatischer Kultur. Ueber alle Dinge dieser Welt und verschiedene andere plaudert der gewandte Japaner, über Laotz; und den Taolismus, über Mönche und Teemeister, über besteckte Ordensleute und geschmeidige Nenen. Da er selbst ein Teemeister ist, wundern wir uns nicht, daß er gut plaudert. Er hat den Geschmack seiner Masse und verfügt über die Gabe, auf stillosem Teebrett dem rohen Wesen gut eingewirkelte Wohlheiten zu servieren. Episoden von Theiosophen und Adepten reichen sich zum Kranz, Fabeln und Legenden, Wäiter- und Leidensgeschichten aus Nippons Vergangenheit werden dem motivischen Typus der ammutigen Belehrung verworken. Einem Kenner der Philosophiegeschichte wird es Freude machen, im toosischen Kult der Relativität Ähnlichkeiten, mit dem übersteigerten Subjektivismus der Hochzeiten aufzufindem.

Man war es von früheren reaktionären Netzen immerhin gewohnt, daß der Landrat eines Kreises für die gesamte Bevölkerung da ist, und die allen Landräte haben sich auch einer unbedingten Neutralität bekleigt. Mit diesen Vorurteilen der Objektivität hat die neue Zeit bekanntlich gebrochen, und insbesondere die unabhängigen Herren Landräte scheinen damit gütlich ausgedumt zu haben.

Die Bestimmung, daß die „königlich preussischen“ Landräte seligen Andenkens sich stets unbedingter Neutralität bekleigt haben, wird wohl in allen Schichten der Bevölkerung nur schallende Heiterkeit auslösen.

## Die U. S. P. zur Regierungsbildung.

Der 4. Distrikt hat wie am Mittwoch auch gestern drei öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Warum kann sich die U. S. P. nicht an der Regierung beteiligen?“ eingelesen. Auch diese Versammlungen waren stark besucht. Sämtliche Referenten, die Genossen Claus, Fuchs, Thomas, Linde, Wilt, Hoffmann und Pfeiffer, fanden ein dankbares Publikum. Trodem Genner in den Versammlungen anwesend waren, meldete sich nur einer zum Wort. Die Versammlungen bewiesen, daß die U. S. P. auf dem richtigen Wege ist. Es wird unsere Aufgabe sein, alle großen politischen Angelegenheiten vor der ersten Öffentlichkeit zu behandeln, um so besser aufklärend im Sinne des Sozialismus zu wirken und die Massen organisatorisch zu erfassen. Der Beweis ist erbracht, da eine große Anzahl Neuanhänger gemacht und weiter für unsere Zeitung gewonnen worden sind.

## Unverträglichkeit.

Die Reaktionen, die sich nicht genug tun können in der Beschimpfung und Verabfolgung der bisherigen Regierungsglieder und die sich heifer schreien nach Sachministern, die besonders für das Auswärtige Amt einen diplomatisch geachteten und mit allen Formen der gesellschaftlichen Kultur vertrauten Mann fordern, liefern drastische Beweise, wie sie sich eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik denken.

Wir veröffentlichten gestern die Erklärung des Vertreters der russischen Regierung, Viktor Kopp, in der die Einzelheiten über geheime unabhängig-kommunistische Zusammenkünfte als erst und n bezeichnet werden. Wir teilen weiter heute früh unsere Lesern mit, daß auch das Auswärtige Amt an den Staatskommissar Dr. Weichmann die Anfrage gerichtet hat, ob er denn berücksichtigt habe, daß Herr Kopp der amtliche Vertreter der Sowjetregierung in Berlin sei.

Au diesem ganz selbstverständlichen Akt der Wahrung des Ansehens und der Würde eines ausländischen Vertreters bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

Der amtliche Vorkurswissenschaftler scheint also auch im Auswärtigen Amt seinen Einzug gehalten zu haben. Es ist höchste Zeit, daß mit dem beschwerlichen Staatsbürokratismus an amtlichen Stellen aufgeräumt wird.

Ist das etwa die „diplomatische Schutkung“ und der „Weltmännliche Ton“, den man für das Auswärtige Amt als unerlässlich erachtet? Wir müssen gestehen, zu einer solchen Höhe der Ausdrucksweise kann sich ein Redender in Spillostetis immerhin auch noch aufschwingen.

Das Präsidium des sachsenburgischen Landtags. In der letzten Sitzung des Landtags wurde der Abgeordnete Schröder (Deutsche Volkspartei) zum Landtagspräsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde W. Ehren (Rechtssozialist), zum zweiten Vizepräsidenten Ad. Reigel (Zentrum) gewählt. Auf Antrag des Abg. Dug (Rechtssozialist) wurde der Regierung in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 12 Stimmen bei 6 Stimmentzaltungen das Vertrauen des Landtags ausgesprochen.

Streik der sächsischen Arbeiter in Offen. Die sächsischen Arbeiter sind wegen Nichtbewilligung einer Lohnzulage in den Streik getreten. Die Wasserversorgung ist bereits unterbrochen.

Es spricht für Otsuro-Kakuzo, daß man sein vielteiliges Buch vom Tee neben Lafcadio Hearn's einfließenden Japanbeschreibungen noch mit Genuß lesen kann. Die Uebersetzung aus dem Englischen ist von Marguerite und Ulrich Steinbock. P. M.

„Das Fenster gen Ost“ heißt eine romantische Erzählung von Kurt Bod (Verlag: Die Wende, München). Sie gehet zu den Kleinwecken ringender Kunst, die lobend und trüglich im Gefühl unbedinglich sich verströmen möchten. Das Liebeserlebnis zweier junger Menschen wird körperlich und seelisch zu intensivstem Ausdruck gesteigert — erotischer Naturalismus im Glanz höchster Klasse.

Legendenbildung: Eine stilistisch ungemein religiöse Novelle „Die Erweckung“ ist dem Lyriker Paul Mayer gelungen; seine Formbegabung und sein sicheres historisches Empfinden bemühen sich um die Prosafachbildung einer altchristlichen Legende, über die ein gewisser trauriger Schotte der Steppe ausbreitet ist. Ueberlebende Leichtigkeit des Tons ohne Versteifung löst alten Tagen und fremdem Gedankenkreis eigenes Leben ein. (Im Saturnverlag zu Köln erschienen.)

Schrift in der Arbeitsweise. Aus Anlaß der Wertschulsauser 23 veranstaltet das Zentralinstitut für Ergologie und Unterricht, Verla B. B., Postdammer Straße 120, eine Vorkurs-Schrift in der Arbeitsweise. Die Vorkurs-Schrift ist in einigen Beispielen die Gestaltung des Schreibunterrichts nach den Grundfragen der Selbsttätigkeit und der Entwicklungsgeschichte der Schrift. Die leitenden Grundfragen hat der Autor Schrift in dem Buch „Neuer Vorkurs für den Schriftunterricht“ (Verlag 1917, Alfred-Bruner-Verlag) dargestellt.

Neue Studien zur Affensprache. Dr. Dittmars, der Direktor eines amerikanischen zoologischen Gartens, hat die Untersuchungen über die Affensprache, die das Experimentum des bekannten, jenseit vorwiegend amerikanischen Professors Garner bildeten, wieder aufgenommen. Er bedient sich für seine Untersuchungen eines japanischen Makis und legt die den dem Affen hervorgebrachten Laute durch einen Phonographen aufnehmen. Er hat so feststellen können, daß der Affe die Freude, den Schmerz, das Verlangen nach Nahrung, die Hebrung und andere Gesichtserregungen nicht unterschieden ausdrückt. Wenn die Gegenprobe gemacht wird, und wenn der Phonograph die aufgenommenen Laute wiedergibt, so hebt der Affe, wiederholt den betreffenden Laut und reagiert in seinen Worten genau in Uebereinstimmung mit dem dem Laut untergelegten Ausdruck. Prof. Garner jagt für seine Versuche den Affen jenen jedem anderen Affen vor, weil diese nach seiner Erfahrung das vorzüglichste Vokabularium besitzt. Es war ihm gelungen, diese Affensprache genau wiederzugeben, und er hat sich teilweise ein grammatik. „Ug.“ hören lassen, so lassen die Affen von allen Seiten herbeigelaufen, um ihn neugierig zu betrachten. Es war ihm auch gelangt, ein Affenwörterbuch zu stellen zu bringen, daß es das Wort „Fruer“ nicht nur zu artikulieren vermochte, sondern dieses Wort auch mehrmals wiederholte, wenn es etwas bezaunten sah.

## Die schlimme Jagd.

Das edle Wild der Freiheit schorf zu heben, Durchstöbert eine finstere Jagerbande Mit Blutgewehren, stillen Menschelnehen Der Wälder Heiligtum im deutschen Lande, Das Wild mag über Ström' und Klüfte lehen, Und Klettern mag's am steilen Klippentobel Der Weidruf schallt durch Felten, Ström' und Klüfte, Umhert verschleiendern ihn die deutschen Klüfte.

Senau.

## Schöpferische Konfession.

In der „Zeitung für Kunst und Zeit“, die Kosmit Schmidt im Verlage Reich-Verlag als eine Schriften-sammlung unserer Tage herausgibt, erschien jüngst ein Bändchen „Schöpferische Konfession“. Eine Anzahl junger Künstler, Maler, Musiker, Dichter, die unserer Epoche als charakteristische Vertreter von Gedanken und Gefühlen entstammen, sprechen darin über sich selbst, ihr Werk, die Zeit und die Welt. Vom sozialen Gemeinschaftsgefühl ist von allen, die hier reden, am stärksten Ernst Toller durchdrungen. Nicht Selbsteinsamkeit Schöpferischer träumte er, das Schöpferische habe jeder als Eigenbesitz. Das Schöpferische kann sich in seinem reinsten Ausdruck nur in der Arbeit des einzelnen offenbaren — aber das Gefühl der Gemeinschaft ist beglückend und stärkend für jeden Schöpferischen. Voraussetzung des politischen Dichters (der stets legendenweise religiöser Dichter ist, sagt Toller) ist für ihn ein Mensch, der sich verantwortlich fühlt für sich und für jeden Weidmenschheitlicher Gemeinschaft. Der Maler Mag Wedemann verläßt den Raum der Arbeit, wonnvolle Schmerzgen des Geblandes, Klagen des Pinkis, am liebsten Durchstoßen der Leinwände. Jetttrampeln der Farbtaben. Körper ist ihm Redensache. Es gibt für ihn keine Krankheit, nur die der Arbeit, und auch der Dichter Fritz von Unruh erklärt, daß ihn strenge Arbeit und der energische Drang zur Form als die entscheidenden Handwerker jeder der Inspiration erschelnen. Rudolf Großmann spricht sich mit eleganter Gehe, die über die Kunst das Leben nicht vergessen will, dabei aber mehr an elegante Schneide und amurde Frauen als an die sozialen Zusammenhänge denkt. Da ist Paul Klee dem Wesentlichen näher, wenn er es in sich fahlt, die Kunst spielt mit den letzten Dingen ein unwillkund Spiel und erreicht sie doch. Nach Bernhard Goetger ist der Künstler Kantnerunabzahlig schätzer und arauenhaftester Erlebnis. Tänze

# Der Prozeß Wittwoch.

Am Tag vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages hat das Reichsgericht in Leipzig unseren Genossen Wittwoch, Redakteur der Königsberger „Freiheit“, zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Genosse Wittwoch ist als Reichstagsabgeordneter gewählt worden, er konnte an der gestrigen Eröffnungsfeier nicht teilnehmen. Der Prozeß und das Urteil werden die Öffentlichkeit noch stark beschäftigen. Wir lassen deshalb den ausführlichen Bericht über die Verhandlungen folgen.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde. Am 22. Oktober 1919 veröffentlichte unser Vorkämpfer in Königsberg, die „Freiheit“, auf der ersten Seite unter der Überschrift: „Aus der Geheimtür der republikanischen Regierung“, ein angebliches Protokoll über eine Verhandlung vom 2. Juni 1919 im Reichswald bei Berlin. Das Schriftstück trug den Vermerk: „Geheim“; es war mit Anfangs- und Endworten versehen, die von ihm mit zwei Exemplaren vorhanden seien, die in den Geheimbüchern der Regierung lagen. Nach diesem Protokoll sollte es sich um wesentliche um eine Unterredung über einen Kriegszustand gegen Polen und über eine Defensivstrategie gegenüber der Entente handeln. An ihr sollten ein Oberst Gasse, ein Herr Müller, Herr Koste (damals Reichswehrminister) und Herr Ede-Demant (damals Ministerpräsident) teilgenommen haben. Oberst Gasse sollte gesagt haben, die drohende militärische Lage Deutschlands hätte sich gebessert. Die Munitionslager seien gefüllt. In den Betrieben würde für die Zwecke des Heeres gearbeitet. Ein Angriff gegen Polen sei möglich. An der Westfront würde man sich auf die Defensivstrategie beschränken. Herr Müller sollte von der Vernichtung der alten Dokumente über die Schuld Deutschlands am Kriege gesprochen und gemeint haben, die neuen Dokumente seien fertig, die den Nachweis führten, daß Deutschland keine Schuld am Kriege habe. Es sollte in der Aussprache geltend gemacht worden sein, daß eine Offensive gegen die Polen verfrüht sei. Für Spionagezwecke in den Ententeländern seien 50 Millionen Mark auszugeben, wozu Geheimdienstleute gefast haben, die deutsche Armee sei 800.000 Mann stark. Disziplin und Geist wären gut; dafür habe die Presse gesorgt.

Die in Frage kommende Nummer der „Freiheit“ hatte ein anderer Redakteur verantwortlich gezeichnet. Er war aber zu jener Zeit abwesend von Königsberg gewesen und Wittwoch hatte das Schriftstück veröffentlicht. Gleich am nächsten Tage gab die Regierung bekannt, daß eine Fälschung vorliege. Wittwoch sah das auch ein, und er gab in der „Freiheit“ auch eine dahingehende Erklärung ab. Am 23. Oktober stellte er sich freiwillig der Justiz, die ihn sofort in Haft nahm. Seit dieser Zeit, also seit nahezu acht Monaten, befindet sich der Angeklagte in Untersuchungshaft.

Vor dem Reichsgericht betonte der Angeklagte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das Deutsche Reich zu verraten oder ihm zu schaden. Das Schriftstück sei ihm in Maschinenarbeit durch die Post von einem Herrn zugelandet worden, der ihm über vertrauliche Dinge mitgeteilt habe, die sich als richtig erweisen könnten. Er habe deshalb keine Ursache gehabt, ihm diesmal nicht zu glauben. Der Inhalt des Schriftstücks erschien ihm glaubhaft. Er habe nur die Handlungen der Regierung festzustellen und zu zeigen wollen, daß ja alles so weitergehe wie früher. Er habe sich gegen die Geheimpolitik wenden und der Bevölkerung zeigen wollen, wie es gemacht würde, damit in Zukunft solche Dinge nicht mehr geschehen könnten. Das Verhältnis seiner Partei zu den Polen sei ganz klar. In Cliché-Druck hätten einige Verläufe, für Polen Stimmung zu machen. Sie seien nach Warschau geschickten, aber diese Leute seien sofort aus der Partei ausgeschlossen worden.

Der Verteidiger Genosse Rosenfeld stellte fest, daß eine dieser Personen in Berlin verhaftet hat, die Fälschung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu sprechen. Er sei aber hinausgeworfen worden, da die Partei mit ihm nichts zu tun haben wollte.

Der Vorsitzende machte geltend, daß es keine Rede sei, eine Verurteilung in Deutschland anzuwenden, um der Entente Gelegenheit zu geben, in Deutschland einzumarschieren, und um auf diese Weise den Fortschritt der Revolution zu erschweren. Der Angeklagte erklärte, daß er eine solche Politik mit Entschiedenheit ablehne. Weiter wurde angeordnet, ob der Angeklagte vielleicht aus materiellen Gründen das Schriftstück veröffentlicht hätte. Genosse Wittwoch erklärte, daß das ganz ausgeschlossen sei. Er stehe lange Jahre in der Partei und sei zehn Jahre Redakteur.

Verlesen wurden zwei polnische Pressestimmen und die Ausführungen des „Tempt“ über das angebliche Protokoll. Auch eine Auslassung des Reichssozialisten Wels am 23. Oktober in der Nationalversammlung über die Veröffentlichung in der „Freiheit“ wurde bekanntgegeben. Herr Wels hatte unter dem lebhaften Beifall seiner Parteifreunde erklärt, etwas Verbrecherisches könne er sich gar nicht denken! Das ganze deutsche Volk sei auf das schwerste geschädigt worden.

Genosse Heydemann (Königsberg) sagte als Frage, er habe nach Erscheinen des Schriftstücks in der Zeitung dem Angeklagten gesagt, daß eine Fälschung vorliege, da er zu der Überzeugung gekommen wäre, daß es sich nicht um ein echtes Protokoll handle, sondern um das Werk eines Spioniers der in oder ausländischen Reaktion. Wittwoch sei aber von der Echtheit des Schriftstücks überzeugt gewesen und er habe dafür seine Gründe geltend gemacht. Wittwoch sei einer der selbstlosesten Männer, von dem nicht angenommen werden könne, daß er aus materiellen Gründen gehandelt habe.

Der Sachverständige, Graf Berchenfeld, den die Angeklagte geladen hatte und der im Aufwärtigen Amt tätig ist, bezeugte, daß der Artikel der „Freiheit“ gezeichnet gewesen sei, weniger eine unmittelbare als eine mittelbare Gefährdung der deutschen Kriegsmacht herbeizuführen. Er sei im vorigen Jahre in polnischen Angelegenheiten tätig gewesen, und die Behauptungen seien, damit gerichtet gewesen, mit Polen in ein nachteiliges Verhältnis zu kommen. Von jedem Kenner habe das Schriftstück als eine Fälschung angesehen werden müssen. Wäre das Schriftstück wahr gewesen, so hätte seine Veröffentlichung dem Deutschen Reich Schaden gebracht; die Regierung wäre dann in eine unheilvolle Stellung gebracht worden. Die Frage, ob die militärische Lage durch die Veröffentlichung des Schriftstücks besonders hätte gefährdet werden können, komme weniger in Betracht.

Der Reichsanwalt machte gegenüber diesem Gutachten geltend, daß der § 80 des Strafgesetzbuches nicht nur von einer Gefährdung der deutschen Kriegsmacht aushehe, sondern daß es auch eine Verletzung vorliege, wenn in Deutschland vorzüglich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorwurf leiste.

Der Sachverständige erwiderte, daß zu jener Zeit, als der Artikel erschienen wäre, tatsächlich der Kriegszustand nicht mehr vorhanden gewesen sei. In Deutschland, Polen und Frankreich wäre der Friedensvertrag bereits genehmigt worden. Die Gefährdung der deutschen Kriegsmacht sei nur eine mittelbare gewesen.

Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. In seinem Plädoyer hielt der Reichsanwalt daran fest, daß der Angeklagte schuldig sei auf Grund des § 80 des Strafgesetzbuches. Es liege vorliegend kein Verstoß vor. Das Deutsche Reich habe sich damals noch im Kriegszustand befunden; es sei Waffenstillstand gewesen. Das Reichsgericht habe wiederholt dahin erkannt, daß das Anwendungsgesetz des § 80 des Strafgesetzbuches ein williges sei und auch sein müsse. Es liege wohl ein klarer Verdacht vor, daß der Angeklagte schon vor der Veröffentlichung die Unwahrscheinlichkeit des Artikels erkannt hätte. Er wolle aber nicht so weit gehen, denn der Angeklagte wache nicht den Eindruck, daß er persönlich so nicht trübe zu bauen könne. Doch mit der Möglichkeit müsse gerechnet werden. Der Angeklagte habe ein Stück Zeitgeschichte wachen wollen, und er hätte sie gemacht, wenn die Tatsachen wahr gewesen wären. Wäre das Schriftstück echt gewesen, dann hätte es erst recht der Angeklagte nicht veröffentlicht dürfen. Bei seinem Verhalten müsse erwegen werden, daß ein Teil der Unabhängigen Sozialdemokratie von dem Ergebnis der Revolution nicht befriedigt sei. Die Fortsetzung erstrebe und zu diesem Zweck Verwirrung in Deutschland und einen Einmarsch der Entente wünsche. Das Vorhandensein des Angeklagten habe eine Verhinderung mit dem Reichsgericht. Der Verfasser des Artikels sei mit dem Schriftstück dem Reichsgericht gegenüber nicht nachgewiesen. Abändernde Umstände könnten nicht in Frage kommen. Etwas Bestimmung konnte aber nicht in Frage kommen.

Der Reichsanwalt beantragte drei Jahre Festungshaft unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft, Entlassung nach Erlaß der aus dem Urteil nach dem Verfahren des Reichsgerichtes der Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Kosten der Vertagung am Montag, die dem Verteidiger des Angeklagten aufzuerlegen seien.

Genosse Rosenfeld mit seinem Plädoyer begann. Er stellte er mit Rücksicht auf die Ausführungen des Reichsanwalts zwei Beweisanträge. Er erklärte, daß die Behauptung des Reichsanwalts über die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu einem eventuellen Einmarsch der Entente unrichtig sei. Er trüge Beweise, die den Vorsitzenden der Partei vernommen werden. Außerpolitische Differenzen empfinde niemand als nützlich in der Partei. Auch der Fall Baglage könne anders Braß habe mit der Entente erst nach ihrem Einmarsch in Frankfurt am Main verhandelt. Wahrscheinlich werde das befunden.

Der Reichsanwalt tat darauf einen Rückzug an. Den Fall Baglage er ganz fallen, auch erklärte er, es sei als wahr zu unterstellen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei, sowie die Fraktion des Eingetragenen der Entente nicht wolle. Doch wünschten dies Eingetragenen sehr viele Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Der Verteidiger hielt darauf nur noch den Antrag auf Verlegung der Verhandlung an. Er erklärte, daß in der Reichsanwalt im Falle Baglage seine Ausführungen zurückgenommen hatte. Der Reichsgericht lehnte den Antrag ab. Es unterstellte als wahr, daß den beiden Vorsitzenden der Partei nicht bekannt wäre, daß viele Mitglieder des Eingetragenen der Entente wünschten.

Genosse Rosenfeld führte nunmehr aus, daß kein Verbrechen vorliege. Der Herr Reichsanwalt habe nicht berücksichtigt, wie der Angeklagte dazu gekommen sei, das Schriftstück zu veröffentlichen. Es hätte zunächst nichts vorgelegen, was ihm zu Bedenken hätte Veranlassung geben können. Das ist die zurechnung des Angeklagten, und es müsse seine Freisprechung erfolgen. Nachteile seien für das Reich nicht entstanden. Auf das Gutachten des Herrn Sachverständigen sei der Herr Reichsanwalt nicht eingegangen. Er habe ausdrücklich gesagt, daß zu jener Zeit tatsächlich ein Kriegszustand nicht vorhanden gewesen wäre. Objektive eine Schädigung des Reichs nicht eingetreten. Der Angeklagte habe nicht das Bewußtsein gehabt, daß er durch seine Handlung der feindlichen Macht Vorwurf geleistet und dem Deutschen Reich Schaden zugefügt habe. Auch der § 180 sei nicht anzuwenden. Er beantrage die Freisprechung des Angeklagten. Erkannt sei er über die Höhe des Strafmaßes, das beantragt sei. Dies sowie der Antrag auf Verlegung des Reichstagsmandats zu erkennen, gehe über eine Rechtsprechung hinaus, die objektiv sein wolle. Er warne, diesen Weg zu betreten.

Das Urteil lautete auf 2 Jahre Festungshaft unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. In der nur kurzen Urteilsbegründung ließ es, es sei dem Angeklagten nicht nachgewiesen, daß er in bewußter Weise der feindlichen Macht Vorwurf geleistet habe. Der § 80 des Strafgesetzbuches komme nicht in Frage, wohl aber § 82 Absatz 1. Eine willkürliche Unterwerfung sei auch nicht anzunehmen. Dem Angeklagten seien mehrere Umstände zugunsten zu berücksichtigen; deshalb sei auf Festungshaft erkannt worden. Die Kosten des Verfahrens seien ihm auch aufzuerlegen.

Während die Hochverräter aus den Kapp-Tagen noch immer straffrei herumlaufen, will man hier einen Mann nach einer qualvollen, acht Monate langen Untersuchungshaft, noch auf andernthalb Jahre seiner Freiheit berauben, weil er sich im schlimmsten Falle eine Fahrlässigkeit zuschulden kommen ließ, wie sie jedem Journalisten täglich passieren kann und die in diesem Falle nicht den geringsten Schaden angefügt hat. Aber noch nicht einmal die Fahrlässigkeit konnte zu einer Verurteilung führen, die Paragrafen, auf die sich die Anklage stütze, mußte der Gerichtshof fallen lassen. Es wäre allein eine einfache Beleidigungsfraße übrig geblieben, wie sie häufig gegen Redakteure, die zur Regierung in Opposition stehen, erhoben wird. Da tritt das Reichsgericht im letzten Augenblick zum § 82 des Strafgesetzbuches. Dieser Paragraph spricht von Staatsgeheimnissen, Festungsplänen, Urkunden, Aktenstücken oder Nachrichten. Da das Schriftstück weder ein Staatsgeheimnis, ein Festungsplan, eine Urkunde noch ein Aktenstück ist, so hat der Gerichtshof das Schriftstück als Nachrichten angesehen. Dieses eine Wort hat dann dienen müssen, um den Angeklagten zu verurteilen. Acht Monate lang ist an der Anklage gearbeitet worden, um Material gegen den Angeklagten zu erbringen. Ansehnlos haben alle anderen Instanzen den § 82 genau geprüft, ob sie ihn heranziehen könnten. Sie haben es nicht gewagt selbst der Reichsanwalt, der durch sein Plädoyer bewiesen hat, wie er zu dem Angeklagten, zu seiner Vorteil zu diesem neuen Verfahren steht, hat erlaubt, den § 82 nicht in Anwendung bringen zu können. Allein das Reichsgericht hat zu ihm gewinkt; der Erfolg besteht aus zwei Jahren Festungshaft für den Angeklagten.

Noch ein Wort zu der Rolle, die von den Reichssozialisten gespielt worden ist. Ihr Organ in Königsberg wurde geradezu veranlaßt, voranzusehen. Und Herr Wels donnerte schon am Tage nach der Veröffentlichung des Schriftstücks in der Nationalversammlung über das verbrecherische Vorgehen der „Freiheit“. Und seine Parteifreunde schickten Beifall. Man verleihe damit des Outlets des Sachverständigen. Aber es galt für Herrn Wels, die Unabhängigen Sozialdemokratie anzugreifen. Und dabei leistete er erfolgreiche Vorarbeit für die bürgerliche Justiz. Die Angeklagtheit ist mit dem Urteil nicht erledigt. Nicht muß der Reichstag seine Billigkeit erlassen. Er darf sich nicht zurückziehen lassen. Er muß darauf sehen, daß alle seine Mitglieder ihren Aufgaben im Parlament nachgehen können, wie es dem Willen der Wähler entspricht. Und der allein ist maßgebend — besonders in einer demokrati-

sehen Republik, die demokratisch ist. Es ist also jetzt der Reichstag!

## Nichtigstellung.

In unserer heutigen Morgenausgabe hatten wir mitgeteilt, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten in einem Telegramm den Reichsanwalt aufgefordert habe, sofort Verurteilung gegen das Urteil des Reichsgerichts gegen den Abgeordneten Wittwoch einzulegen. Diese Mitteilung ist unrichtig. Es handelt sich hierbei nicht um den Fall Wittwoch, sondern um das freisprechende Urteil gegen die Warburger Zeitfreiwilligen. Im Fall Wittwoch haben unsere Genossen Wittwoch verlangt die Unabhängigen Sozialdemokraten lediglich, daß das Reichsgericht seine sofortige Haftentlassung durchführe.

## Preussische Landesversammlung.

### Stimmen frei.

Westen kam aus dem Ausschuss heraus unser Antrag auf Haftentlassung des Genossen Kallan erneut zur Verhandlung. Bräuer (Zag.) erhaltete Bericht. Danach hat der Ausschuss sich mit 11:7 Stimmen dahin entschieden, daß gemäß Artikel 87 der Reichsverfassung die Haftentlassung geboten sei, da es sich um eine ausgesprochene Verurteilung aus politischen Gründen handele. Kallan (Zag.) beantragte Rückweisung an den Ausschuss, da ihm eine eingehende Prüfung der Sachlage nicht möglich gewesen sei.

Justizminister am Schlußoff führte aus, er würde, da aus dem Urteil hervorgehe, daß es sich um eine Verurteilung aus politischen Gründen handele, als Abgeordneter für den Antrag unserer Fraktion stimmen.

Genosse Ebnth betonte, daß der Antrag als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden müsse und aus sich den der Selbstachtung von dem Parlament annehmen werden muß. Die Rückweisung wurde abgelehnt und

### die Haftentlassung beschlossen.

Dagegen stimmten Deutsche Volkspartei und die Mehrheit des Zentrum.

Die Zahl und Verteilung der preussischen Stimmen im Reichstag läßt sich den Verfassungsbestimmungen entsprechend nicht genau feststellen. Deshalb soll eine diesbezügliche Verfassungsänderung bei der Reichsregierung beantragt werden. Der

### Rechts

konnte ohne Debatte Annahme. Dann verlegte sich das Haus bis 5. Juli.

## Eine deutsch Erklärung über den U-Bootkrieg.

Auf der Internationalen Seemannskonferenz in Genoa gab der deutsche Delegierte Wisslitz mit Genehmigung der deutschen Regierung folgende Erklärung ab:

Wir bekennen mit Ihnen die zahlreichen Opfer des U-Bootkrieges, den Deutschland in seiner Not unternahm, um sich gegen die Vorhabe der Wehr zu setzen. Die deutsche Regierung hat bereit Veranlassung genommen, ohne nach dieser Richtung irgendwelchen Widerspruch zu erheben, auf Grund des Annex I des Art. 244 des Friedensvertrages, vornehmlich der Teile I und II des erwähnten Annexes, alle Schäden wieder auszumachen, die die Führung des Seekrieges durch Deutschland den alliierten und assoziierten Mächten und ihren Staatsangehörigen verursacht hat. Herrere hat die deutsche Regierung, in Abstimmung mit den Alliierten, die sie und vor unserer Adresse gab, hinsichtlich der Schadenersatzansprüche seitens neutraler Staaten, deren Bürger in jedem einzelnen Falle entschädigt, sofern die beigebrachten Begründungen die Ansprüche rechtfertigen.

Der Führer der englischen Seemanns-Gewerkschaften, der im Hinblick auf diese Erklärung seine Befriedigung darüber ausdrückte, daß das deutsche Volk das von ihm durch die Führung des U-Bootkrieges begangene Unrecht anerkenne.

## Der Streit um Erzberger.

Am Mittwoch sollte in der Zentrumskolon die Frage entschieden werden, ob Erzberger straffrei nach Wittenberg der Zentrumskolon bleiben soll. Selbstverständlich war zu dieser Sitzung Erzberger erschienen. Nach einem Bericht des „Völkischen Volksanzeiger“ hielt er eine mehrstündige Rede, in der er sich u. a. darauf berief, daß der Dolchverstoß noch nicht abgeschlossen sei, da er Revision eingeleitet habe. Der gewerkschaftliche Flügel der Zentrumskolon stellte sich ebenfalls an die Seite Erzbergers. Auch seine württembergischen Parteifreunde erklärten mit diesem Gewerkschaftsflügel zusammen, daß sie aus der Zentrumskolon austreten würden, wenn Erzberger verurteilt würde, weiterhin Mitglied zu bleiben. Die Zentrumskolon ließ sich mit einem stummen Nicken. Sie beschloß die Angelegenheit bis auf weiteres zu vertagen und vorläufig Herrn Erzberger noch als Mitglied der Zentrumskolon anzuerkennen.

## Wisslitzs Programmrede.

Rom, 28. Juni.

Im italienischen Parlament hielt der neue Ministerpräsident Wisslitz gestern seine Programmrede. In der erklärte: Die Außenpolitik muß uns und Europa endlich den Frieden sichern. Ohne diesen ist der Aufbau unmöglich. Es wird eine parlamentarische Kommission zur Kontrolle der Außenpolitik eingesetzt werden. Dieser Kommission sind alle Dokumente auszugeben. Um den vollen Friedenszustand zu erreichen, müssen wir unverzüglich freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern aufnehmen und ohne Einschränkung auch korrekte Beziehungen zur russischen Regierung aufnehmen.

Sobald legte Wisslitz sein sechsstündiges Programm dem Konstitutional aller Kriegsgewinne seit dem 1. 8. 1914, Verschärfung der Erbschafts- und Einkommensteuer sowie der Augmentierung, Verstaatlichung und Überwachung der Finanzhändler und Bankrentner. Über Albanien sagte Wisslitz: Die italienische Regierung hat nicht die Absicht, das Protektorat über Albanien beizubehalten. Sie fordert einzig und allein die völlige Unabhängigkeit Albaniens. Gewaltigter Beifall folgte dieser Erklärung.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Lloyd George sagte in Antwort auf eine Frage im Unterhaus, Deutschland werde ausgefordert, Mitglied des Völkerbundes zu werden, sobald es den erstellten Willen zeigt, seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage nachzukommen. Ueber die Verhandlungen mit Krasin erklärte er, die wachen Fortschritte, und er hoffe, binnen kurzem genaue Mitteilungen darüber machen zu können.

Die Bedenken der holländischen Unternehmer. Der Verband Niederländischer Industrieunternehmer hat an die zweite Kammer eine Adresse gerichtet, in der eine Anzahl Bedenken gegen den Eisenhandelsvertrag, betreffend das holländische deutsche Kredit- und Rohstoffabkommen vorgetragen werden.

